

Verleger: Die Auer-Verlagsbuchhandlung, vormals A. Auer, in Auerbach. Druck: Die Auer-Verlagsbuchhandlung, vormals A. Auer, in Auerbach. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.00 Pf. pro Quartal. Postamt: Auerbach. Postfach: 10. Telephon: 10. Telefax: 10. Telegramm: Auerbach. Telephon: 10. Telefax: 10. Telegramm: Auerbach.

Das Wichtigste vom Tage.

In Paris vollziehen die Verhandlungen über die Aufhebung der Abrüstungsverträge, sobald Deutschland die den 30. Juni geforderten Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen hat.

Ministerpräsident Briand hat gestern Abend den deutschen Botschafter Dr. Maier empfangen. Vorher hatte er eine Besprechung mit General Schand.

In der Frage der Entwaffnung Bayerns stehen Frankreich und England neue Drohungen aus.

Die polnische Regierung hat England mitteilt, daß sie den bereits unterzeichneten Gegentwurf über die Erhebung einer 50prozentigen Abgabe von deutschen Waren zurückgezogen habe.

Der Bundesfinanzminister in Wien hat den Staatsboranschlag für das zweite Halbjahr 1921 vorgelegt. Das Defizit für dieses Halbjahr wird mit 2 1/2 Milliarden Kronen beziffert.

Das Weißbuch über die Vorgeschichte des Krieges

Das zweite Weißbuch des Ausschusses zur Untersuchung der Vorgeschichte des Weltkrieges, das jetzt der Öffentlichkeit übergeben wird, enthält zunächst den Bericht der Sachverständigen, dann die Feststellungen, die der Ausschuss als Ergebnis der Berichte anerkennt und von früher der Presse übergeben hat. Die Sachverständigen waren, wie Dr. Gradnauer als Vorsitzender des sogenannten Schuldausschusses in seinem Bericht sagt, bei ihren Forschungen auf Urkunden gezo-gen, die einen Teil der gestellten Fragen endgültig beantworten, wie die Frage der Verantwortlichkeit der europäischen Großmächte. Auf Anzeichen dafür, daß einer der Entente-Staaten und zwar Rußland schon mehrere Monate vor dem Ausbruch von Serajewo Vorbereitungen für den Krieg getroffen hat, er dann in der Folge dieses Attentats ausbrach, glaubt einer der Sachverständigen mit besonderem Nachdruck hinweisen zu sollen. Die in Rußland erbeuteten Militärakten, aus denen die Sachverständigen hauptsächlich schöpfen, sind neben den von der Sowjetregierung veröffentlichten oder sonst bekannt gewordenen russischen Staatsakten bis jetzt die einzigen Stücke, die aus dem Archiv eines Entente-Staates unbeeinträchtigt erwonnen wurden. Der Bericht der Sachverständigen zeigt, daß er auch andere Staaten der Entente des Einvernehmens mit der zaristischen Regierung über-liefern zu können glaubt. Ohne die Wichtigkeit der beibrachten urkundlichen Zeugnisse zu verkennen, heißt es der Ausschuss für richtig, die genannten Ansichten der Sachverständigen zunächst dem wissenschaftlichen Meinungsaustausch zu überlassen.

Die Feststellungen des Untersuchungs-

auschusses u. a. dahin:

1. Es besteht vielfach die Auffassung, die Mittel-mächte hätten bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Überlegenheit besessen. Der Ausschuss erachtet daher keine in politischen Erörterungen vorkommende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, darzustellen.

2. Der Ausschuss hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse im Jahre 1914, wobei er auch die operative Möglichkeit berücksichtigt, festgestellt, daß die verbündeten Mächte Rußland und Frankreich den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden.

3. Der Ausschuss hält die Fragen, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtlage 1914 beurteilte, und ob sich die politische Stellung über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtete, sowie insbesondere, ob die Regierung sich über die politische Auswirkung des deutschen Operationsplanes hinreichend Rechenschaft gab, nicht für genügend geklärt und beschließt, die Fragen zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen.

Soweit die Feststellungen. Es verlaute dazu noch, daß der Ausschuss kein abschließendes Urteil über die Schuldfrage aussprechen wollte, sondern nur objektives Material zu deren Beurteilung beschafft und vorgelegt hat. Jedenfalls beweist das vorliegende Material aber, daß man Deutschland keinerlei Schuld an dem Kriegsausbruch beimessen kann, also auch keine Teilschuld. Der Ausschuss ist dabei, die Untersuchungen auf die ganze Vorgeschichte des Krieges, und zwar bis zurück zum Jahre 1910, zu erstrecken. Es wird versichert, daß die Aussprache innerhalb des Ausschusses von allen Seiten durchaus sachlich und ohne jede Parteilichkeit geführt worden ist.

Die Antrittsrede Rathenaus.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages ergriff im Laufe der Aussprache über die Regierungserklärung das Wort der neuernannte Wiederaufbauminister Dr. Rathenau. Er führte aus: Sie werden heute von mir weder ein Programm, noch einen Bericht über meinen Arbeitskreis hören. Der Arbeitskreis dieses Ministeriums ist groß, und eine Informationszeit von einigen Tagen würde mir nicht genügen, die Verantwortung für einen solchen Bericht zu übernehmen. Beist ist mir der Entschluß nicht geworden, mich an diese Stelle zu begeben. Was mir den Entschluß erleichtert hat, ist die Erwägung, daß das Arbeitsgebiet kein politisches ist. Nicht als Mitglied einer Partei bin ich berufen worden. Ich entnehme dieser Tatsache das Recht, den Aufgabenkreis so unpolitisch zu halten, wie nur möglich. Es ist keine Versorgung vorhanden, daß dieses Arbeitsgebiet sich verquiden wird mit solchen Begriffen, die wir unter Kriegswirtschaft verstehen. (Unruhe rechts.)

Ich bin weder ein Anhänger der Kriegswirtschaft, noch der Zwangswirtschaft.

(Zuruf links: Er hat schon etwas gelernt.) Ich bin nicht der Schöpfer der sogenannten Kriegswirtschaftskammer (Rechts), sondern ich bin Schöpfer und Organisator der Kriegswirtschaftsabteilung des königlich preussischen Kriegsministeriums. (Beifall.) Diejenigen, die damals die Verantwortung trugen, haben mir bezeugt, daß ohne diese Organisation der Krieg überhaupt nicht zu führen gewesen wäre. Ich bin aber nach achtmonatiger Tätigkeit aus diesem Wirkungskreis herausgetreten, nachdem die Organisation geschaffen war und habe das Amt einem Offizier als meinem Nachfolger übergeben, der es in vorbildlicher Weise zum Wohle des Landes nach denselben Grundsätzen verwaltet hat. Weder mein Nachfolger noch ich selbst haben jemals etwas zu tun gehabt mit staatlichen Vergewaltigungen, mit dem Ernährungswesen oder sonst etwas, was unter dem Begriff Kriegswirtschaft zusammengefaßt wird. Ich bin fest entschlossen, von meinem Arbeitsgebiet alles das fern-zuhalten, was auch nur von weitem an Schiebererei und Revolutionsgewinnerei erinnert. (Zuruf links: Abwarten.) Ich denke nicht daran, meine wissenschaftliche Vortätigkeit zu verleugnen.

Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, daß unser Wirtschaftsleben im Laufe eines Menschenalters erheblich umgestaltet sein wird.

nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern der Erde. Aber ich werde das nicht verquiden mit den allgemeinen Reformen des deutschen Wirtschaftslebens. Nicht nur, daß ich dies nicht wagen würde, ich würde es auch im Augenblick nicht für richtig halten. Der deutsche Wirtschaftskörper und der deutsche Körper überhaupt ist viel zu krank, als daß man solche Eingriffe vornehmen könnte. Auf der Brust wech-selt man nicht die Pferde. Große wirtschaftliche Reformen dürfen erst dann eingeführt werden und ver-pflichtet erst dann Erfolg, wenn das Bewußtsein des Volkes sich auf diese Reformen im voraus eingestellt hat. Ich leite daraus das Recht her, mich frei zu fühlen vor irgendwelchen wirtschaftlichen Vorurteilen und das Amt, das mir übergeben ist, nach rein sachlichen Grundsätzen zu führen.

Postill hat mich bestimmt, diese Arbeit zu übernehmen, erstens der Gedanke, in ein Kabinett einzutreten, das der Reichskanzler gestern als ein Kabinett der Versöhnlichkeit bezeichnet hat. Es ist endlich Zeit, die Wege zu finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen. Zweitens hat mich die Ueberzeugung bewegt, daß Frankreich den Wiederaufbau will. Es will ihn, weil es überaus schwer unter dem Kriege gelitten hat. 3,8 Millionen Hektar dieses Landes sind zerstört, 370 000 Häuser beschädigt, 300 000 vollkommen zerstört. Frankreich hat heute schon sehr achtenswerte Anstrengungen gemacht mit seinem Aufbau. Es ist dem französischen Wiederaufbauministerium gelungen, von den Vorkriegsbahnen und Brücken 50 Prozent wieder herzustellen, von der Landwirtschaft 60 Prozent, von den Fabriken 30 bis 40 Prozent, von den Bergwerken 6 Prozent, von den Häusern allerdings bloß 2 Prozent. Die Objektivität erfordert, festzustellen, daß das eine höchst respektable und für Frankreich große Leistung ist. Aus den Verhandlungen der letzten Tage glaube ich entnehmen zu dürfen, daß der sehr erste Wille besteht, den Wiederaufbau auch mit uns zu betreiben. Wenn aber der Wiederaufbau gewollt wird von der einen Seite, sind wir verpflichtet, ihn zu leisten. Abg. v. Braun hat hier einen Aufsatz verlesen, wonach ich die schwersten Bedenken gegen die Unterzeichnung des Ultimatums gehabt habe. Dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts ist das bekannt. Ich habe aber nicht die Zahlen angegriffen, sondern den Index, den ich nach wie vor für den falschesten und unglücklichsten halte, der überhaupt gewählt werden konnte. Wenn man aber gewarnt hat und nachher die Dinge geschehen sind, soll man sich dann zurückziehen und schmollen und sabotieren?

Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Erfüllung übernommener Verpflichtungen kommt aus meinem wirtschaftlichen Leben. Der Kaufmannsstand in der ganzen Welt beruht auf Vertrauen. Das Symbol ist die Unterschrift. Wenn ein Papier die Unterschrift

meines Namens oder meines Volkes hat, dann verteidige ich sie als die Ehre meines Landes. Ich halte die Forderungen für erfüllbar, wenn wir wollen. (Große Unruhe rechts und links: Früher haben Sie das Gegenteil gesagt!) Es ist eine Frage, wie weit man sich in Rot begeben kann, um zu erfüllen. (Zuruf rechts: Sie sind absolut unerfüllbar!) Dieser Begriff existiert überhaupt nicht. Eine Unerfüllbarkeit gibt es nicht. Es handelt sich lediglich darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen kann. Die 2 Milliarden habe ich niemals als unerfüllbar bezeichnet. Das Unerfüllbare liegt in der Härte des Index, und diese Härte kann gemildert werden. Wenn man etwas so Schweres vor sich hat, dann muß man sagen: Ich will unter allen Umständen. Wer sich dazu nicht aufschwingt, der wird immer nur mit halbem Willen an die Aufgabe herantreten. So schwer diese Leistungen sein mögen, nach ihnen wird sich das Vertrauen bemessen, das wir in der Welt wieder gewinnen müssen.

Es handelt sich nicht nur um die technischen Aufgaben einer Rekonstruktion, um die Erfüllung eines wirtschaftlichen Versprechens, sondern um eine autonome und sich selbst gestellte Aufgabe, bei der es nicht darauf ankommt, wie sie entstanden ist, sondern darauf, daß sie da ist und daß sie erfüllt werden muß. Diese Aufgabe enthält nichts Brennendes für unsere Parteien, Berufe und Stände. Bei dieser Aufgabe sind schließlich alle in Deutschland aufgerufen. Wir brauchen die Mitwirkung des Arbeiters, des Industriellen, des Landwirts und des alten deutschen Handwerkers. Nicht für den Mann erbitte ich Ihre Mithilfe, sondern für das Werk. Das Werk muß sein. (Beifall.)

Revision der ober-schlesischen Abstimmung?

Herr Dr. Reichskanzler Dr. Wirth hat in seiner großen Rede vor dem Reichstag unter anderem auch darauf aufmerksam gemacht, daß Korsantj den Aufstand zu dem Zweck inszeniert hat, um eine neue Willensfindung des ober-schlesischen Volkes vor aller Welt darzutun. Korsantj brauchte sich eine Rundgebung, da die Volksabstimmung gegen ihn und seinen Anhang ausgeschlagen war. Der Reichskanzler hat aber mit beachtenswerter Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß das ober-schlesische Volk mit dem Aufstand nichts zu tun hat. Nun wird von den Polen die durch den Friedensvertrag vorgesehene Rundgebung, die Volksabstimmung in Zweifel gezogen. Bei einer näheren Betrachtung dieser Frage muß man auch auf deutscher Seite zu dem Ergebnis kommen, daß die Volksabstimmung tatsächlich gescheitert ist und daß eine Revision, wenigstens in gewissen Gebieten, durchaus erwünscht wäre. Allerdings sind die Gründe zu dieser Schlussfolgerung ganz anderer Art als die der Polen. Wie sehr wir während des ganzen Abstimmungskampfes unrechtmäßig beeinträchtigt sind, das zeigt eine in diesen Tagen erschienene Schrift über den Abstimmungskampf selbst auf allerdeutlichste. Die Darstellung, die jetzt kurz vor der Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal von größter politischer Bedeutung ist, weist im besonderen auch die Wirkungen des polnischen Terrors nach, die gerade in den Gebieten, in denen es den Polen gelang, gewisse Erfolge zu erzielen, am allerstärksten waren. Der Aufstand hat ja gezeigt, wie wenig die Interalliierte Kommission willens und in der Lage war, dem Treiben der polnischen Insurgenten Einhalt zu gebieten. In genau derselben Weise hat die Interalliierte Kommission aber auch von uns und während der Abstimmung verfaßt. Während Korsantj die Entwicklung des verbrecherischen Terrors möglich machte, mußte das Deutsche unter der französischen Besatzung auf jede bewaffnete Gegenwehr verzichten. Dazu kam noch, daß durch die Entente und die Interalliierte Kommission alles getan wurde, um uns ins Hintertreffen zu bringen. Wenn wir trotzdem den Sieg erringen konnten, so ist die Bedeutung des deutschen Sieges nicht hoch genug zu bewerten. Es muß aber gefordert werden, daß jetzt nach dem polnischen Aufstand die Entente unsere Darstellungen über den Abstimmungskampf und den polnischen Terror ganz anders wertet, als das bisher der Fall gewesen ist.

Das deutsche Weißbuch über den Korsantj-Aufstand.

Gestern ist ein neues Weißbuch herausgegeben worden, welches die amtlichen Schriftstücke zum Korsantj-Aufstand in Oberschlesien umfaßt. Es handelt sich um 24 Schriftstücke, Telegramme und Noten. Das Weißbuch beginnt mit der Veröffentlichung des Telegramms des Auswärtigen Amtes an die Botschafter in London, Paris und Rom vom 2. Mai, in denen Mitteilung vom Ausbruch des Streikes in Oberschlesien gemacht wird, und erstreckt sich bis zum Rücktritt des Fürsten Hatzfeld, der am 12. Mai von dem Posten des deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien zurückgetreten ist, weil General Verond die ihm gemachten Zusicherungen für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung nicht innegehalten hat.

Neue Verschleppung der ober-schlesischen Frage.

Das geschiedene Stolz Englands. Die Londoner Blätter weisen auf die Gefahr einer weiteren Verschleppung der ober-schlesischen Frage hin.